

19.01.2021

Antrag

**der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP**

Corona-Ausbildungsjahrgang verhindern – praktische Berufsorientierung in Zeiten der Pandemie unterstützen

I. Ausgangslage

Die Corona-Krise trifft alle Bereiche der Gesellschaft, des öffentlichen Lebens sowie der Wirtschaft hart. Die Corona-Pandemie hat zu erheblichen Umsatzeinbrüchen in der Wirtschaft geführt, die durch umfangreiche staatliche Unterstützungsleistungen in Rekordhöhe zur Sicherung von unternehmerischen Existenzen und Arbeitsplätzen abgedeckt werden können. Neben den konjunkturellen und betriebswirtschaftlichen Effekten geht es aber auch um Zukunfts- und Qualifizierungschancen der jungen Menschen und der Unternehmen. Vor der Krise hat Fachkräftesicherung eine zentrale Rolle gespielt und auch wenn in der Krise andere Fragen im Vordergrund stehen, gilt noch immer: Der Fachkräftemangel ist die Wachstumsbremse von morgen.

Ermutigend ist die Feststellung der Bundesagentur für Arbeit, dass das Jahr 2020 keinen „Corona-Jahrgang“ ergeben habe. Auch wenn sich der Prozess teilweise verzögert hat, funktioniert die Vermittlung von jungen Menschen in die Ausbildung. Bund und Land haben die Unternehmen dabei unterstützt, Ausbildungsplätze in der Krise weiterhin stabil zu halten. Der Bund hat mit seinem Programm „Ausbildungsplätze sichern“ Mittel in Höhe bis zu 500 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Damit können Ausbildungsbetriebe und ausbildende Einrichtungen Ausbildungsprämien bei Erhalt oder Erhöhung ihres Ausbildungsniveaus erhalten. Sie können außerdem Zuschüsse zur Ausbildungsvergütung bei Vermeidung von Kurzarbeit, Übernahmeprämien bei Übernahme von Auszubildenden aus pandemiebedingt insolventen Betrieben sowie eine Prämie für Auftrags- oder Verbundausbildungen erhalten. Darüber hinaus hat das Land ein Nordrhein-Westfalen-Programm I mit einem Volumen von 34 Millionen Euro zur Verfügung gestellt, um den Ausbildungsmarkt zu stabilisieren und die Ausbildungsinfrastruktur der überbetrieblichen Ausbildungsstätten zu sichern. Es ist ein wichtiges Signal, dass Bund und Land auch im Bereich der Fachkräftesicherung von Morgen schnell und unbürokratisch geholfen haben. Es ist Ausdruck unseres Sozialsystems und der sozialen Marktwirtschaft, dass Auszubildende nicht im Stich gelassen werden.

Zentrales Ziel muss es sein, auch in den Jahren 2021/22 einen Corona-Ausbildungsjahrgang zu verhindern. Für den kommenden Jahrgang sind die Herausforderungen jedoch besonders groß. Zunächst wird die weitere Entwicklung des Infektionsgeschehens eine maßgebliche Rolle spielen. Des Weiteren ist der Matching-Prozess zwischen freien Ausbildungsplätzen und den potentiellen Auszubildenden stark erschwert. Aus Infektionsschutzgründen fehlen derzeit Betriebspraktika, Tage der offenen Betriebe sowie Schnuppertage. Damit fehlen zentrale

Datum des Originals: 19.01.2021/Ausgegeben: 19.01.2021

Elemente für die wichtige berufliche Orientierung der jungen Menschen für die Berufswahlentscheidung. Das Erleben der betrieblichen Praxis in den Unternehmen nimmt eine zentrale Stellung in diesem Prozess ein. Dies gilt gleichermaßen für kaufmännische Berufe sowie für Berufe in Industrie und Handwerk.

Insbesondere die jungen Menschen in den Jahrgangsstufen neun und zehn sammeln ihre ersten Erfahrungen mit der Berufswelt in Betriebspraktika. Diese bieten jungen Menschen eine Chance für einen ersten Eindruck und sind Baustein bei der Beantwortung der Frage, welcher berufliche Weg nach dem Schulabschluss eingeschlagen werden könnte. Aufgrund der Corona-Pandemie war und ist die Durchführung von Betriebspraktika schwierig. Das Steuerungsgremium der Landesinitiative „Kein Abschluss ohne Anschluss – Übergang Schule-Beruf NRW“ (KAoA) rief bereits im Oktober 2020 dazu auf, Schülerinnen und Schülern auch in den aktuell schwierigen Zeiten der Corona-Pandemie Praxisphasen zu ermöglichen. Das auf die Herbst- und Weihnachtsferien ausgeweitete Ferienangebot „Berufliche Orientierung extra“ hat den Rahmen für die Flexibilisierung des Angebots der beruflichen Orientierung durch die Schulen geschaffen. Für Schülerinnen und Schüler, die keinen Platz für Praxisphasen finden, schaffen die Schulen ein Unterrichtsangebot zur intensiven Auseinandersetzung mit Inhalten der Praxisphasen. Dabei können auch digitale Angebote und Formate eingesetzt werden. Aufgrund der anhaltenden Pandemie und ihrer Verschärfung können dennoch viele Betriebspraktika aktuell nicht stattfinden. Es ist aus Sicht der NRW-Koalition entscheidend, dass alle Schülerinnen und Schüler die Möglichkeit erhalten, ein Betriebspraktikum nachzuholen. Dafür müssen im Schuljahr 2021/22 die Voraussetzungen geschaffen werden.

Die Unternehmen stehen neben den Schulen in der Verantwortung, auch in Zeiten der pandemiebedingten Einschränkungen die eigene Fachkräfteausbildung nicht zu vernachlässigen. Die Digitalisierung der Berufsorientierung mit geeigneten Hybridangeboten für das Bewerbungsverfahren kann eine Maßnahme sein. Es ist auch zu prüfen, ob berufliche Praxisphasen in Werkstätten der Berufskollegs sowie bei weiteren Weiterbildungsträgern umgesetzt werden können.

Berufspraktische Orientierung muss natürlich die Pandemie berücksichtigen und alle Akteure müssen für höchste Infektionsschutzstandards eintreten. Trotz der schwierigen Zeit sollten die jungen Menschen bestmöglich dabei unterstützt werden, den Mut zu fassen, Entscheidungen für ihre Zukunft zu treffen.

Zudem gilt es, die Berufskollegs in der Pandemie auch weiterhin zu stärken. Wenn sich durch die Pandemie veränderte Klassenstärken aufgrund verringerter Auszubildendenzahlen einstellen, sollten die bestehenden Berufskollegklassen erhalten bleiben. Durch die Verlängerung des bestehenden Moratoriums kann für die Dauer der Pandemie die Corona-Delle abgedeckt werden, wodurch die Dezentralität des dualen Systems gestützt wird.

II. Beschlussfassung

Der Landtag beauftragt die Landesregierung,

- sich weiterhin mit Nachdruck dafür einzusetzen, dass im kommenden Ausbildungsjahrgang 2021/2022 ein Corona-Ausbildungsjahrgang verhindert werden kann. In diesem Zusammenhang sollte mit den Partnern im Ausbildungskonsens erörtert werden, wie der Matching-Prozess zwischen freien Ausbildungsplätzen und potentiellen Auszubildenden in der dualen Ausbildung verbessert werden kann. Zudem gilt es, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass alle Schülerinnen und Schüler die Möglichkeit erhalten, ein aufgrund der Pandemie entfallendes Betriebspraktikum im Schuljahr 2021/22

nachholen zu können, um negative Auswirkungen im Ausbildungsjahrgang 2022/2023 und in den Folgejahren möglichst zu verhindern.

- das System KAoA hinsichtlich der digitalen Berufsorientierung zu stärken.
- die ausbildenden Unternehmen dabei im Rahmen der unternehmerischen Eigenverantwortung zu unterstützen, geeignete Maßnahmen zu ergreifen, die berufspraktische Orientierungsphasen für junge Menschen ermöglichen.
- Lehrerinnen und -lehrer insbesondere der Oberstufe an Gymnasien, Gesamtschulen und Weiterbildungskollegs in Zusammenarbeit mit den Handwerksorganisationen systematisch und wiederkehrend über Möglichkeiten von beruflicher Bildung und Karriere für Abiturienten zu informieren.
- mit den Partnern im Ausbildungskonsens neben betrieblichen Möglichkeiten auch zu erörtern, inwiefern regional verstärkt bei entsprechendem Bedarf trägergestützte Ausbildungen in Kooperation mit Betrieben oder auch partnerschaftliche Ausbildungen zwischen Betrieben und Trägern zum Tragen kommen können.
- das bestehende Moratorium zum Erhalt der Dezentralität der Fachklassen im dualen System fortzuführen.
- Kammern, Kreishandwerkerschaften und andere berufsständische Organisationen bei Kampagnen für die berufliche Ausbildung zu unterstützen.
- sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass Fristen bei den Förderungen im Bundesprogramm „Ausbildungsplätze sichern“ angesichts der fortdauernden Corona-Situation überprüft und ggf. weiter verlängert werden.

Bodo Löttgen
Matthias Kerkhoff
Daniel Sieveke
Petra Vogt
Thorsten Schick
Henning Rehbaum
Claudia Schlottmann
Peter Preuß
Matthias Goeken

und Fraktion

Christof Rasche
Henning Höne
Martina Hannen
Ralph Bombis
Stefan Lenzen

und Fraktion